

Dokumentation

Pakistans politische Parteien und religiöse Gruppierungen

Immer wieder erhalten wir Anfragen von zahlreichen Stellen wie Flüchtlingsorganisationen, Gerichten oder Rechtsanwälten, in denen Fragen nach politischen Parteien, der Parteienlandschaft oder Führern einzelner Parteien in den Ländern Südasiens gestellt werden. Diesem Anliegen wollen wir in der Zukunft nachkommen und Hintergrundinformationen zur Parteienlandschaft der Region veröffentlichen. Jorge Scholz hat im Folgenden die Parteien Pakistans "unter die Lupe" genommen.

Pakistan Muslim League (PML)

Die PML wurde 1985 nach Aufhebung des 1977 verhängten Parteienverbots als Wahlverein des von Militärdiktator Zia-ul Haq eingesetzten Premierministers Mohammad Khan Junejo gegründet. Mit der nicht mehr existierenden 'All India Muslim League' und späteren 'Muslim League' des pakistanischen Staatsgründers Mohammad Ali Jinnah hat die PML nichts zu tun, obwohl die politische Führung ihre Partei gerne in diese Traditionslinie zu rücken versucht. Die Mitgliedschaft bestand zunächst ausschließlich aus regierungstreuen Abgeordneten der zuvor unter Kriegsrechtsbedingungen gewählten Nationalversammlung. Doch innerhalb weniger Jahre etablierte sich die PML neben der Bhutto-Partei PPP als stärkste politische Kraft des Landes, die aufgrund ihrer moderat-islamischen und wirtschaftsfreundlichen Politik über die Grenzen ihrer regionalen Hochburg Punjab hinaus vor allem bei den urbanen Mittel- und Oberschichten - Angestellte, Geschäftsleute, Industrielle - sowie bei konservativen Großgrundbesitzern Fuß fassen konnte. Größtes Manko der PML: Auch heute noch besteht fast das gesamte Führungspersonal aus ehemaligen Repräsentanten, Günstlingen und Zöglingen des Zia-Regimes.

1988 trat die PML als mit Abstand stärkste politische Kraft einem Neun-Parteien-Bündnis namens 'Islami Jamhoori Ittehad' (IJI) bei, um gegen die bis dahin dominierende PPP bestehen zu können. Nach dem Sturz der ersten Regierung von Benazir Bhutto im Jahr 1990 gelangte die PML über die IJI bei den anschließenden - massiv gefälschten - Neuwahlen mit ihrem Spitzenkandidaten Nawaz Sharif erstmals mit Zweidrittel-Mehrheit in Regierungsverantwortung. Zahlreiche (Korruptions-) Skandale, Dauerquerelen mit den Koalitionspartnern und Massenproteste der Opposition führten 1993 zum vorzeitigen Sturz der Regierung und zum Auseinanderbrechen der IJI. Im selben Jahr spaltete sich von der PML nach dem Tod des Parteivorsitzenden Junejo im Streit um die Nachfolge unter Führung von Hamid Nasir Chattha ein Minderheitenflügel ab, der sich in Anspielung auf den Namen des Verstorbenen als PML (J) bezeichnete. Bei den anschließenden Neuwahlen gewann die PML (J) 1993 18 Parlamentssitze und stellte als Koalitionspartner der PPP während der zweiten Amtszeit von Benazir Bhutto als Premierministerin bis zu ihrem Sturz im November 1996 mehrere Minister. Bei den Wahlen im Februar 1997 konnte die PML (J) jedoch kein einziges Mandat erringen. Dafür konnte der PML-Mehrheitsflügel, der seit der Spaltung der Partei nach ihrem Vorsitzenden Nawaz Sharif auch als PML (N) bezeichnet wird, die Zahl seiner Sitze nach der Niederlage von 1993 (72 Mandate) fast verdoppeln (134 Mandate von insgesamt 217 bei den Wahlen von 1997). Zusammen mit ihren Koalitionspartnern MQM (zwölf Sitze) und ANP (neun Sitze) verfügte die Sharif-Regierung im ersten Jahr ihrer Amtszeit im Parlament über eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit, mit der gleich zu Beginn der Legislaturperiode positiv zu bewertende

Verfassungsänderungen durchgesetzt wurden. Im Frühjahr 1998 platzte allerdings das Bündnis mit der ANP, so daß der Vorsprung gegenüber den Oppositionsparteien inzwischen etwas zusammengeschmolzen ist. Regierungsverantwortung trägt die PML derzeit auch in den Provinzen Punjab (Alleinregierung), Sindh und NWFP (North-West Frontier Province). An den Hochschulen des Landes ist die PML mit ihrer Studentenorganisation 'Muslim Student Federation' (MSF) präsent.

Pakistan Peoples Party (PPP)

Die PPP wurde 1967 von Zulfikar Ali Bhutto als gemäßigt sozialistische Volkspartei und demokratische Alternative zur damaligen Militärdiktatur unter Ayub Khan gegründet. Als politisches Sammelbecken einer starken außerparlamentarischen Oppositionsbewegung erzwang die Partei 1970 die Abhaltung der ersten allgemeinen und direkten Wahlen in der Geschichte des Landes, die zumindest bezogen auf West-Pakistan mit großer Mehrheit gewonnen werden konnten (im bevölkerungsreicheren Ost-Pakistan - heute Bangladesh - errang die 'Awami League' des späteren Staatsgründers Mujibur Rahman mit einem Erdrutschsieg auch bezogen auf ganz Pakistan die absolute Mehrheit). Nach der Niederlage im Krieg um die Unabhängigkeit Bangladeshs und der Teilung Pakistans wurde Z.A. Bhutto Ende 1971 auf der Basis dieses Wahlergebnisses von den Militärs zum Präsidenten mit Kriegsrechtvollmachten ernannt (1973 Wechsel in das neugeschaffene Amt des Premierministers). Ganz im Sinne der eigenen Anhängerschaft, die sich ursprünglich vor allem aus den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten der urbanen Ballungszentren und aus landlosen Bauern rekrutierte, verstaatlichte die erste PPP-Regierung zahlreiche Industriebetriebe, Banken und Versicherungen, führte eine Landreform durch und verabschiedete die noch heute geltende Verfassung. Gleichzeitig verschwanden in den Jahren bis zum Machtwechsel tausende der politischen Widersacher Bhuttos ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis. Gewalttätige Unruhen in Reaktion auf den systematischen Wahlbetrug der PPP-Regierung bei den Parlamentswahlen 1977 boten den Anlaß für einen Armeeputsch und die Errichtung einer Militärdiktatur unter der Führung von Zia-ul Haq. Z.A. Bhutto wurde in einem Schauprozess wegen Mordes an einem politischen Gegner zum Tode verurteilt und 1979 hingerichtet. Ab 1981 organisierte sich die offiziell verbotene PPP im Bündnis mit weiteren Parteien in der 'Movement to Restore Democracy' (MRD), um mit dem Ziel der Redemokratisierung dem Zia-Regime Widerstand zu leisten. Mehr als 6.000 MRD-Aktivisten wurden Opfer von Massenverhaftungen. Parallel dazu gründete eine Gruppe radikaler PPP-Anhänger unter der Führung des Bhutto-Sohnes Murtaza die militante Untergrundorganisation 'Al-Zulfikar' (AZO), die u.a. mit einer Flugzeugentführung und Bombenanschlägen die Militärregierung zu destabilisieren versuchte. Nach der Rückkehr aus dem Exil

übernahm ab 1986 Benazir Bhutto, die älteste Tochter des Parteigründers, die Führung der PPP. Das 35köpfige Zentralkomitee wählte sie im gleichen Jahr zur Parteivorsitzenden, zunächst gemeinsam mit ihrer Mutter Nusrat Bhutto (bis 1993). 1997 ließ sie sich dieses Amt auf Lebenszeit übertragen. Nach dem Tod des 1988 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Diktators Zia-ul-Haq profilierte sich die PPP als treibende Kraft hinter dem Redemokratisierungsprozess. Bei den Parlamentswahlen im selben Jahr gewann die Partei mit 93 Sitzen eine einfache Mehrheit und stellte mit Benazir Bhutto die Premierministerin. Nach einer nur 20monatigen turbulenten Amtszeit und dem Verlust wichtiger Koalitionspartner entließ 1990 der damalige Präsident Ghulam Ishaq Khan vorzeitig die PPP-Regierung und ordnete Neuwahlen an. Begründet wurde die Maßnahme mit dem Hinweis auf fortgesetzte Korruption, Vetternwirtschaft, Amtsmissbrauch und Verfassungsverletzungen der Bhutto-Administration. Bei den anschließenden - massiv gefälschten - Neuwahlen erlitt die PPP eine empfindliche Niederlage. Aus Protest gegen das manipulierte Wahlergebnis verfolgte sie in der Opposition während der ersten Amtszeit von Premierminister Nawaz Sharif einen harten Konfrontationskurs mit auch außerparlamentarischen Protestformen, um die als unrechtmäßig betrachtete Nachfolgeregierung baldmöglichst mit friedlichen Mitteln zu stürzen und Neuwahlen durchzusetzen. Im November 1992, nach Beginn eines "Langen Marsches" der PPP-Opposition nach Islamabad, wurden dabei mehrere tausend PPP-Anhänger verhaftet. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 1993, die nach einem von der Armeeführung erzwungenen Doppelrücktritt von Präsident und Premierminister notwendig geworden waren, erreichte die PPP 86 Sitze und übernahm mit Unterstützung kleinerer Parteien erneut die Regierungsgeschäfte (Premierministerin: Benazir Bhutto). Auch die kurz darauf abgehaltenen Präsidentschaftswahlen entschied die PPP in der Person ihres Kandidaten Farooq Leghari zu ihren Gunsten, wodurch die Partei erstmals beide Spitzenämter der Exekutive besetzen konnte. Da sich jedoch die mit ehrgeizigen Reformversprechen angetretene PPP-Regierung entgegen den Erwartungen ganz auf den Erhalt und den Ausbau der eigenen Macht beschränkte, was beispielsweise zum verfassungsrechtlich bedenklichen Sturz zweier gewählter Provinzregierungen, zum systematischen Aufkaufen von Parlamentariern der Opposition, zur Erpressung und Inhaftierung von politischen Gegnern und zu mehreren hundert extra-legalen Hinrichtungen im Bürgerkriegsland Karachi führte, regte sich schon bald in weiten Bevölkerungskreisen wachsender Widerstand gegen das Regime der Bhutto-Administration. Auf eine Serie spektakulärer Korruptions- und Amtsmissbrauchskandale, die wiederholte Mißachtung von Urteilen des Obersten Gerichtshofes und nicht zuletzt die Familienstreitigkeiten im Hause Bhutto, die im September 1996 in der Erschießung des abtrünnigen Benazir-Bruders Murtaza und sieben seiner Begleiter durch die Polizei gipfelten (Hintergrund: Murtaza Bhutto hatte nach der Rückkehr aus dem syrischen Exil und verlorenem Machtkampf mit seiner Schwester um die Führung der PPP im März 1995 eine eigene Dissidentenpartei namens PPP (Shaheed Bhutto) gegründet, die die Mutterpartei mit wachsendem Zulauf zu spalten drohte. Im Vorfeld des Attentats waren Mitglieder und Aktivisten der Gruppierung wiederholt Opfer von Massenverhaftungsaktionen der Sicherheitskräfte), reagierte der Präsident im November 1996 mit der vorzeitigen Entlassung der Regierung. Bei den Neuwahlen am 3. Februar 1997 erlitt die PPP, die hierbei auf 17 Mandate kam, eine vernichtende Niederlage. Da die verbliebenen Wahlkreise sämtlich in den rückständigen Agrargebieten der Südprowinz Sindh, der Heimat der Bhuttos, liegen, büßte die PPP damit ihren bisherigen Status als einzige omnipräsente Volkspartei

Pakistans ein. Im Frühjahr 1998 bildete die PPP zusammen mit der PML (J) und drei nicht im Parlament vertretenen religiösen Splitterparteien ein Oppositionsbündnis namens "Pakistan Awami Ittehad" (PAI), das die Regierung mit außerparlamentarischen Protestaktionen unter Druck zu setzen versucht. Als Studentenorganisation der PPP fungiert die 'Peoples Student Federation' (PSF).

Mohajir Qaumi Movement (MQM)

Die MQM (die Partei hat sich jüngst in 'Mutahida Qaumi Mahaz' umbenannt) ging 1984 aus der 'All Pakistan Mohajir Student Organization' (APMSO) hervor und etablierte sich als politische Interessenvertretung der nach der Gründung Pakistans 1947 aus Indien eingewanderten Mohajir - urdusprachigen, überwiegend aus Uttar Pradesh stammenden Muslimen -, die heute in den sindhischen Großstädten Hyderabad und Karachi die größte Bevölkerungsgruppe stellen (der Begriff Mohajir spielt auf die 'hijra' genannte Flucht des Propheten Mohammed und seiner Gefährten von Mekka nach Medina im Jahr 622 n. Chr. an und zeichnet als islamischer Ehrenname Gläubige aus, die wegen ihrer religiösen Überzeugung ihre Heimat verlassen haben). Nach einem ersten Erfolg in ihren Hochburgen bei den Kommunalwahlen von 1987 mauserte sich die MQM unter der straffen Führung ihres charismatischen Gründers und Vorsitzenden Altaf Hussain zu einer schlagkräftigen, gut organisierten Kaderpartei, die vor allem im Milieu der von den übrigen Parteien vernachlässigten Mittelschichten Fuß fassen konnte. Aus den Bundesparlamentswahlen von 1988 (13 Sitze), 1990 (15 Sitze) und 1997 (12 Sitze) ging die MQM jeweils als drittstärkste Kraft hervor (die Wahlen von 1993 boykottierte die MQM). Im Parlament der Provinz Sindh war die MQM stets als zweitgrößte Fraktion vertreten. In der Vergangenheit ging die MQM sowohl mit der PPP als auch mit der PML zumeist kurzlebige Koalitionen ein. Gegenwärtig unterhält die MQM ein Bündnis mit der regierenden PML und ist in der Bundesregierung und in der sindhischen Provinzregierung mit Ministern vertreten. 1992, während der ersten Amtszeit von Premierminister Nawaz Sharif, ging die Armee mit einer großangelegten Militäraktion gegen die auch damals mitregierende MQM vor, um die mit wachsender Militanz gegenüber Dissidenten und Oppositionellen auftretende Partei mit Massenverhaftungen zu zerschlagen. Gleichzeitig spaltete sich auf Betreiben der Armee ein regierungsfreundlicher Dissidentenflügel namens MQM (H) (für Haqiqi = Wahrheit) ab, der seitdem in einen blutigen Untergrundkrieg mit bewaffneten Kadern der Mutterpartei verwickelt ist. Diese Gruppierung steht unter der Führung von Afaq Ahmed und Badar Iqbal. Bei Wahlen blieb die MQM (H) bislang erfolglos, da die Mehrheit der Bevölkerung Karachis dem Mehrheitsflügel der MQM in ihrem bürgerkriegsähnlichen Konflikt mit den Sicherheitskräften treu geblieben ist, der allein in den Jahren 1995 und 1996 rund 2.500 Tote forderte. Trotz deutlicher Entspannung der Lage nach dem Regierungswechsel im Februar 1997 und der damit verbundenen Übernahme von Regierungsverantwortung in der Provinz Sindh und auf nationaler Ebene lenkt der MQM-Vorsitzende Altaf Hussain die Geschicke seiner Partei weiter aus dem freiwilligen Exil in London. Zur Führungsriege in Pakistan zählen Farooq Sattar, Sheikh Liaquat Hussain und Ajmal Dehalvi. Der langjährige Parteisprecher, Senator Ishtiaq Azhar, wurde im September 1997 zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger ist Aftab Sheikh.

Awami National Party (ANP)

Die 'Nationale Partei des Volkes' formierte sich 1986 als Neugründung der zu Beginn der siebziger Jahre wegen an-

geblicher staatsfeindlicher Aktivitäten vom damaligen Premierminister Z.A. Bhutto verbotenen 'National Awami Party' (NAP), die damals als politisches Sammelbecken der linken Bewegung ganz Pakistans galt. In der Tradition der gewaltfreien Widerstandsbewegung der sogenannten "Rothemden" gegen die britischen Kolonialherren unter der Führung des legendären "Frontier Gandhi" Abdul Ghaffar Khan stehend, die sich nach der Gründung Pakistans unter großen Opfern zur zeitweise bedeutendsten Bürgerrechts- und Demokratiebewegung des Landes entwickelte, erfreut sich die ANP auch heute noch großer moralischer Glaubwürdigkeit. Der Grund: Spitzenpolitiker der ANP waren noch nie in einen größeren Polit- oder Korruptionsskandal verwickelt. Allerdings hat die nach wie vor von der Familie des 1988 gestorbenen Ghaffar Khan dominierte ANP inzwischen ihre ursprünglich landesweite Ausrichtung zugunsten eines ausgeprägt regionalen Ansatzes aufgegeben, um sich in der North-West Frontier Province (NWFP), der Heimatprovinz des Minderheitenvolkes der Paschtunen, als nationale Interessenvertretung der Paschtunen profilieren zu können. Hauptanliegen der ANP sind die Stärkung der Regionalsprache Paschtu gegenüber der offiziellen Staatssprache Urdu, die Umbenennung des Provinznamen in 'Pukhtoonkhwa' (Land der Paschtunen) und der Widerstand gegen ein auf dem Gebiet der NWFP geplantes großes Staudammprojekt am Indus (Kalabagh). Der Erfolg: Aus den Februarwahlen ging die ANP in der NWFP nur knapp hinter der PML als zweitstärkste politische Kraft hervor. Mit neun Abgeordneten zog die ANP zudem mit ihrem bislang besten Ergebnis als viertstärkste Fraktion in die Nationalversammlung ein (1988: 2 Sitze; 1990: 6 Sitze; 1993: 3 Sitze). Als Koalitionspartner der PML war die ANP nach den letzten Wahlen sowohl an der Bundes- als auch in der NWFP-Provinzregierung mit Ministern beteiligt. Im Frühjahr 1998 scherte die ANP jedoch aus den Regierungskoalitionen aus, nachdem die PML die zum Amtsantritt versprochene Umbenennung der NWFP in 'Pukhtoonkhwa' blockierte.

An der Spitze der ANP steht offiziell Parteipräsident Ajmal Khattak und Ehrenpräsident Khan Abdul Wali Khan (ein Sohn des oben erwähnten Ghaffar Khan). Die eigentliche Macht liegt jedoch in den Händen der ANP-Provinzvorsitzenden Begum Nasim Wali Khan (Ehefrau von Abdul Wali Khan) und deren Sohn Asfandyar Wali Khan. Als Generalsekretär fungiert Farid Toofan.

Regionalparteien in Balochistan

Balochistan National Party (BNP)

In der von Stammesrivalitäten einerseits sowie dem ethnischen Konflikt zwischen Balutschen und Paschtunen andererseits geprägten, extrem zersplitterten Parteienlandschaft der dünnbesiedelten Flächenprovinz Balochistans stellt die im Dezember 1996 gegründete Partei den Versuch dar, wenigstens einen Teil der diversen kleineren nationalistischen Parteien der Balutschen zu vereinen. An dem Experiment beteiligten sich die vom Mengal-Clan geführte Fraktion der 'Balochistan National Movement' (BNM; näheres siehe dort) - deshalb auch als BNM (M) bezeichnet - und die beiden Hauptflügel der früher einflussreichen 'Pakistan National Party' (PNP). Zu den erklärten Zielen der BNP gehören eine neue Demarkation der Provinzgrenzen auf der Basis von Kultur, Sprache und Geschichte der jeweiligen Bevölkerung und volle Provinzautonomie für Balochistan, insbesondere auf den Gebieten Steuern und Auslandsandel. Nur die Aufgabenbereiche Verteidigung, Kommunikation, Außenpolitik und Währung will man der Bundesregierung auch in Zukunft

überlassen. Bei den Wahlen im Februar 1997 gewann die BNP drei der insgesamt elf für Balochistan reservierten Sitze in der Nationalversammlung. Im ebenfalls neugewählten Provinzparlament zog die Partei als stärkste Fraktion ein. Auch den derzeitigen Ministerpräsidenten Balochistans, Akhtar Mengal, stellt die BNP. Dessen Sohn Ataullah Mengal hat den Parteivorsitz inne.

Balochistan National Movement (BNM)

Die nationalistische BNM wurde 1988 von Akhtar Mengal, dem Oberhaupt des Mengal-Stammes, und Abdul Hayee Baloch, dem Oberhaupt des Baloch-Stammes, gegründet und gehörte als Koalitionspartner von 1988 bis 1990 der Provinzregierung an. Nach Streitigkeiten zwischen den beiden Parteigründern, die zum Konflikt zwischen den genannten Stämmen eskalierten, spaltete sich die Partei in einen nach Mengal benannten Flügel BNM (M) und einen nach Hayee Baloch benannten Flügel BNM (H) auf. Bei den Wahlen von 1993 ging die BNM(H) eine Wahlallianz mit der PPP ein und gewann so einen Sitz in der Nationalversammlung. In der Provinzregierung Balochistans war die BNM (H) von 1993 bis 1996 mit vier Ministern vertreten. Nach dem Ergebnis der Wahlen von 1997 gehört die BNM nur noch dem Provinzparlament mit zwei Abgeordneten an.

Jamhoori Watan Party (JWP)

Die nationalistische Balutschen-Partei JWP bildete sich nach dem Sturz der ersten Regierung von Benazir Bhutto im August 1990 auf Initiative des mächtigen Chefs des Bugti-Stammes, Nawab Akbar Bugti. Bei den darauffolgenden Neuwahlen im selben Jahr schnitt die JWP mit zwei Sitzen in der Nationalversammlung und dreizehn Sitzen im Provinzparlament (von insgesamt 43) als erfolgreichste Einzelpartei Balochistans ab. Mangels geeigneter Koalitionspartner reichte dies jedoch nicht zur Bildung einer Provinzregierung. Erst seit den Wahlen von 1997, als die JWP mit ihren jetzt noch sieben Abgeordneten im Provinzparlament - nebst zwei Parlamentariern in der Nationalversammlung - ein Koalitionsbündnis mit der BNP (siehe oben) einging, gehört die Bugti-Partei einer Landesregierung an. Laut Parteiprogramm strebt die JWP für Balochistan eine völlig autonome Selbstverwaltung an, von der nur die Politikfelder Verteidigung, Außenpolitik, Finanzen und Kommunikation ausgenommen bleiben sollen. Auf nationaler Ebene fordert die JWP eine Neuordnung der Provinzen nach kulturellen, ethnischen und sprachlichen Kriterien sowie größere Provinzautonomie innerhalb einer dezentraleren Föderation.

Pakhtoonkhwa Milli Awami Party (PMAP)

Die 'Nationale Volkspartei Paschtunistans' spaltete sich Ende der sechziger Jahre auf Betreiben von Khan Abdul Samad Khan Achakzai, des wenige Jahre später ermordeten Oberhauptes des provinzübergreifend im Süden der NWFP und im Norden Balochistans siedelnden Paschtunen-Stammes der Achakzai, von der inzwischen nicht mehr existierenden 'National Awami Party' (vgl. dazu die Angaben zur ANP) ab. In beiden Provinzen gehörte die PMAP seitdem allen gewählten Landtagen mit einer kleinen Zahl von Abgeordneten an. Von 1993 bis 1996 war sie in der Nationalversammlung mit drei und im Provinzparlament Balochistans mit vier Volksvertretern präsent. Außerdem gehörte die Partei in diesem Zeitraum der dortigen Provinzregierung an. Anfang 1997 mußte die PMAP nach einer empfindlichen Wahlniederlage wieder in die Opposition. Derzeit ist sie nur noch in den Landtagen Balochistans und der NWFP mit jeweils zwei Parlamentariern vertreten. Programmatisch setzt sich die

PMAP vor allem für die Rechte der Paschtunen ein. Erklärtes Ziel ist die Ausgliederung der paschtunischen Siedlungsgebiete aus Balochistan zugunsten einer größeren NWFP, die den Namen Pakhtoonkhwa (Paschtunistan) tragen soll. Der gesamt-paschtunische Nationalismus dieser Partei bezieht auch die Paschtunen im Nachbarland Afghanistan und die in Pakistan lebenden afghanischen Flüchtlinge ein. Parteiführer ist seit 24 Jahren Mehmood Khan Achakzai, der Sohn des Parteigründers.

Regionalparteien im Sindh

Sindh National Front (SNF)

In Reaktion auf die spektakulären Erfolge der Mohajir-Partei MQM (siehe dort) in den sindhischen Metropolen Karachi und Hyderabad haben sich die konservativen Großgrundbesitzer in den ländlichen Gebieten zu einer Reihe kleiner radikal-nationalistischer Sindhi-Parteien zusammengeschlossen, die als erbitterte Gegner der MQM auftreten. Die SNF gehört in diesem Spektrum zu den einflussreichsten Gruppierungen. An ihrer Spitze steht Mumtaz Bhutto, ein Cousin des PPP-Gründers und früheren Premierministers Zulfikar Ali Bhutto. Nach der Entmachtung der Regierung Benazir Bhuttos im November 1996 hatte Mumtaz Bhutto bis zu den Neuwahlen im Februar 1997 für drei Monate das Amt des sindhischen Ministerpräsidenten inne, was seiner Partei einen starken Mitgliederzulauf bescherte. In dieser Zeit gelang ihm die Formierung eines Mehrparteienbündnisses fast aller wichtigen sindhi-nationalistischen Fraktionen, die beim letzten Urnengang unter dem Namen 'United National Alliance' (UNA) mit einer gemeinsamen Kandidatenliste antrat. Dennoch reichte es nur für einen Sitz im sindhischen Landtag. Die Sindhi-Nationalisten um die SNF treten für eine Umwandlung des föderativen politischen Systems Pakistans in eine lockere Konföderation der nach ethnischen und sprachlichen Kriterien neu zu ordnenden Provinzen ein.

Sindh Taraqqi Pasand Party (STPP) (früher: Jeay Sindh Taraqqi Pasand Party)

Innerhalb der UNA (s.o.) ist die STPP die mitgliederstärkste sindhi-nationalistische Partei, die seit Ende der achtziger mit ihrem militanten Auftreten gegenüber den als unerwünschte Eindringlinge diskreditierten urdusprachigen Mohajirs immer wieder für Schlagzeilen sorgte. Vor allem wird der STPP die Verantwortung für ein 1988 in Hyderabad begangenes Massaker angelastet, bei dem mehr als 300 Menschen starben. Die STPP hat stets bestritten, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Dennoch waren Aktivisten dieser Gruppierung bis zu Beginn der zweiten Amtszeit Benazir Bhuttos als Premierministerin 1993 immer wieder Opfer von Verhaftungswellen. Fast die gesamte Führungsspitze saß jahrelang im Gefängnis. Ihr Ruf als gewaltbereite Anti-Mohajir-Bewegung trug erheblich zur heutigen Popularität der STPP vor allem bei Angehörigen der Sindhi-Mittelschicht bei, die auf dem Arbeitsmarkt mit den wirtschaftlich erfolgreicherer Mohajirs konkurrieren. Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit ist der Kampf gegen das im ländlichen Sindh weitverbreitete Feudalsystem und die von vielen Großgrundbesitzern praktizierte Versklavung von Arbeitskräften auf der Basis von Schuldknechtschaft. 1996 befreiten Aktivisten der STPP mehrere tausend solcher Schuldknechte aus Privatgefängnissen von Feudalherren, was der Partei den geballten Zorn dieser mächtigen Lobby eintrug. Die Parteizentrale und die Wohnungen prominenter STPP-Politiker waren wiederholt das Ziel von Polizeirazzien. Meh-

rere Mitglieder der Parteiführung, darunter Rahim Solangi und Punhal Saryo, wurden dabei verhaftet. Parteichef der STPP ist der Arzt Qadir Magsi, der sich während seines Studiums der vom legendären Sindhi-Führer G.M. Syed (s.u.) inspirierten Jeay Sindh Students Federation anschloß. Innerhalb dieser Organisation gründete er einen eigenen Zirkel, der den Kern der späteren 'Jeay Sindh Taraqqi Pasand Party' bildete. Nach dem Zerwürfnis mit G.M. Syed und dessen Jeay Sindh Mahaz wurde die Partei 1994 in STPP umbenannt.

Jeay Sindh Mahaz (JSM)

Die JSM ist die Mutterpartei aller heutigen sindhi-nationalistischen Gruppierungen. Unter der Führung des charismatischen Schriftstellers G.M. Syed erlebte die JSM ihre Blütezeit während der achtziger Jahre, als sie sich mit viel Zivilcourage gegen den rigorosen Zentralismus des Militärregimes unter General Zia-ul Haq stemmte. Da sich die JSM für die staatliche Unabhängigkeit des Sindh einsetzt, waren ihre Politiker und Aktivisten häufigen Repressalien durch Polizei und Behörden ausgesetzt. Spätestens seit dem Tod Syeds 1995 ist es um die durch zahlreiche Abspaltungen und Flügelkämpfe geschwächte JSM ruhig geworden. An Wahlen nimmt sie nicht mehr teil.

Religiöse Parteien

Jammat-i Islami (JI)

Die 1941 von Maulana Maududi gegründete 'Islamische Partei' ist innerhalb des religiösen Parteienspektrums die älteste und einflussreichste politische Bewegung, die eine islamische Ideologie und Agenda für gesellschaftliche Veränderungen entwickelte. Religiös gehört die JI dem sunnitischen Zweig des Islams an und folgt der Rechtsschule der Deobandi. Erklärtes politisches Ziel ist eine Islamische Revolution in Pakistan. Mit zuletzt enttäuschendem Ergebnis versuchte die JI bislang, diesem Ziel über die Teilnahme bei Wahlen näherzukommen. Während die JI bei den Urnengängen von 1988 und 1990 jeweils acht Sitze in der Nationalversammlung sowie insgesamt 13 bzw. 20 Sitze in den Provinzparlamenten der NWFP und des Punjab gewinnen konnte, waren es 1993, als die JI zusammen mit einigen Splittergruppen und einigen parteilosen Prominenten unter dem Namen 'Pakistan Islamic Front' antrat, noch drei in der Nationalversammlung und insgesamt sechs in den Provinzparlamenten. Die Wahlen von 1997 boykottierte die JI. Im September 1997 kündigte die Parteiführung zudem unter Protest gegen das bestehende System den völligen Rückzug aus der parlamentarischen Parteiendemokratie an. Die radikalere Haltung gegenüber dem pakistanischen Staat artikulierte sich in jüngster Vergangenheit in mehreren nicht genehmigten Demonstrationen, bei denen es nach dem Eingreifen von Polizei und Sicherheitskräften zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten kam. Der seit 1987 als Amir (Führer) amtierende Qazi Hussain Ahmad und weitere bekannte JI-Politiker befanden sich deshalb zeitweilig in Untersuchungshaft. Über enge Kontakte zu befreundeten Parteien und Gruppierungen in den Bürgerkriegsgebieten von Afghanistan (Hezb-i Islami von Gulbuddin Hekmatyar) und Kashmir, die auch von pakistanischen Armee- und Geheimdienstkreisen genutzt werden, kommt der JI in der Region auch eine gewisse außenpolitische Bedeutung zu. An den Universitäten ist die JI mit ihrer Studentenorganisation

'Islami Jamiat-i Tulabah' (IJT) aktiv.

Jamiat-e-Ulema-e-Islam (JUI)

Die der sunnitisch-deobandischen Rechtsschule angehörende 'Gemeinschaft der Gelehrten des Islams' ist unter dem Vorsitz von Maulana Fazl-ur Rehman zur aktuell erfolgreichsten religiös-politischen Partei aufgestiegen. Begünstigt durch den Boykott der konkurrierenden JI (s.o.) und der JUP (s.u.) ist die JUI mit zwei Abgeordneten in der Nationalversammlung und insgesamt acht Abgeordneten in den Landtagen der Provinzen NWFP und Balochistan die derzeit einzige religiöse Partei mit einer Präsenz in den Parlamenten. In Balochistan, wo die JUI im Norden der Provinz traditionell als Partei der Paschtunen gilt, ist sie auch an der dortigen Koalitionsregierung beteiligt. Ins internationale Rampenlicht rückte die JUI nach dem Regierungswechsel von 1993: Als Verbündeter der PPP ernannte Benazir Bhutto Fazl-ur Rehman zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Damit trug sie dem Umstand Rechnung, daß die Taliban-Bewegung in Afghanistan in den Koranschulen der JUI in Balochistan ihren Ausgang nahm. Der JUI besitzt deshalb mit ihrem Einfluß auf die Entwicklungen im Nachbarland für die pakistanische Afghanistan-Politik große strategische Bedeutung.

Jamiat Ulema-e-Pakistan (JUP)

Die sunnitische 'Gemeinschaft der Gelehrten in Pakistan' folgt der mit den Deobandi konkurrierenden Rechtsschule der Barelwi. Unter ihrem Führer Maulana Noorani etablierte sich die JUP in den siebziger Jahren als ernstzunehmende politische Größe, mit Hochburgen im südlichen Punjab und in Karachi. Doch diverse Parteispaltungen und der Aufstieg der MQM in Karachi leiteten Ende der achtziger Jahre den Niedergang ein. 1993 schloss die JUP mit der JUI (s.o.) ein 'Islami Jamhoori Mahaz' genanntes Wahlbündnis, das inzwischen nicht mehr existiert. Zum Ergebnis von vier Sitzen in der Nationalversammlung und insgesamt vier Sitzen in Provinzparlamenten konnten die Kandidaten der JUP jedoch nichts beitragen. Die Wahlen von 1997 boykottierte die JUP.

Anjuman Sipah-e-Sahaba Pakistan (ASSP)

Die 'Gemeinschaft zur Verteidigung der Kampfgefährten (des Propheten) in Pakistan' - kurz SSP genannt - ist die erste und wichtigste neo-fundamentalistische Organisation in Pakistan. Zunächst 1984 als Unterorganisation der JUI (siehe dort) gegründet, spaltete sich die SSP nach Streitigkeiten um ihre militanten Methoden nur wenige Jahre später endgültig von der Mutterpartei ab. Hauptanliegen ist die Errichtung eines rein sunnitisch-islamischen Staates deobandischer Prägung, in dem alle anderen islamischen Sekten zu nicht-muslimischen Minderheiten erklärt werden sollen. Den Schiiten droht die SSP offen mit der Eliminierung. Seit der Ermordung ihres Gründers Maulana Haq Nawaz Jhangvi im Jahr 1990 - angeblich durch schiitische Täter - führt die SSP gegen die Schiiten einen blutigen Untergrundkrieg, dem bislang auf beiden Seiten mehrere hundert Menschen zum Opfer gefallen sind. Zu den Wahlen von 1993 trat erstmals auch die SSP im Rahmen einer gemeinsamen Wählerliste mit einer Reihe weiterer radikaler sunnitischer Parteien an, die den Namen 'Mutahida Deeni Mahaz' trug. Das Bündnis gewann dabei zwei Sitze in der Nationalversammlung und jeweils einen Sitz in den Provinzparlamenten Punjabs und der NWFP. Der punjabische Landtagsabgeordnete war bis 1996 Minister der Provinzregierung. Bei den Wahlen von 1997 trat die SSP unter ihrem eigenen Namen an und blieb trotz

beachtlicher Ergebnisse in einigen kleineren Städten im mittleren und südlichen Punjab - z.B. Jhang, Khanewal und Bahawalpur - ohne zählbaren Erfolg. Erst bei Nachwahlen konnte der Parteivorsitzende Azam Tariq einen Sitz im punjabischen Landtag gewinnen. Im Vorfeld der allgemeinen Wahlen war der in dem betreffenden Wahlkreis kandidierende prominente SSP-Politiker Zia-ur Rehman Farooqi ermordet worden. Trotz zahlreicher Anzeigen und laufender Ermittlungsverfahren wegen Mord, Entführung und Landfriedensbruch praktisch gegen die gesamte Führungsriege der SSP konnte die Partei bislang weitgehend unbehelligt von der Polizei agieren. Erst nach Antritt der Sharif-Regierung richtete sich eine erste Verhaftungswelle gegen Spitzenpolitiker und bekannte Aktivisten der SSP. Davon war auch Parteichef Azam Tariq betroffen. Zum Umfeld der SSP werden weitere terroristische Gruppierungen gezählt, die 1996 und 1997 mit mehreren blutigen Massakern in schiitischen Moscheen und Mordanschlägen gegen schiitische Würdenträger und iranische Diplomaten Schlagzeilen machten. Die bekannteste Organisation in diesem Spektrum ist die 'Lashkar-e Jhangvi' mit rund 500 bürgerkriegserfahrenen Untergrundkämpfern. Bei der ersten ernsthaften Operation einer pakistanischen Regierung gegen die gewalttätigen islamistischen Gruppen im August und September 1997 wurde auch deren Anführer Malik Ishaq verhaftet.

Tehrik-e-Jafria-e-Pakistan (TJP)

Die 'Partei der Jafria (schiitisches Recht) in Pakistan' ist die Antwort der schiitischen Minderheit auf die staatlich sanktionierten religiösen Diskriminierungen und gewalttätigen Übergriffe radikaler sunnitischer Gruppierungen. Gegründet wurde die TJP von Arif Hussein Al-Husseini unter ihrem früheren Namen 'Tehrik-e-Nifaz-i-Fiqah Jafria' (TNFJ) nach dem Erfolg der islamischen Revolution Khomeinis im Iran als pakistanischer Ableger einer auch in anderen Ländern anzutreffenden pro-iranischen Revolutionsbewegung. Im Verdacht, militärische und finanzielle Unterstützung aus dem Iran zu erhalten, war die TJP während der Militärdiktatur Zia-ul Haqs massivem Verfolgungsdruck ausgesetzt.

So konnte sich die TJP bei den Schiiten glaubwürdig als Widerstandsorganisation gegen die Übergriffe eines von sunnitischen Vorstellungen geprägten Regimes und als Bastion zur Verteidigung schiitischer Glaubensvorstellungen in Szene setzen. Nach dem Tod Khomeinis 1989 rückte die TJP von ihrem bis dahin auch vor terroristischen Aktionen nicht zurückschreckenden Methoden und ihrem revolutionärem Anspruch ab, und versuchte sich als "normale" politische Partei zu etablieren. Unberührt blieb davon allerdings die auch weiterhin anhaltende blutige Vendetta mit der verfeindeten SSP (siehe dort). Ab 1990 ging die TJP ein festes Bündnis mit der PPP von Benazir Bhutto ein (die Mutter der Ex-Premierministerin, Nusrat Bhutto, ist Schiitin), was aber nie mit einem Abgeordnetensitz belohnt wurde. Deshalb wechselte sie 1997 enttäuscht die Loyalitäten und ging eine Wahlallianz mit der PML von Nawaz Sharif ein; allerdings ebenfalls ohne Erfolg.

Der seit Anfang der neunziger Jahre eingeschlagene moderatere Kurs der TJP hatte die Abspaltung mehrerer radikaler Flügel zur Folge, denen zahlreiche Anschläge auf sunnitische Moscheen und die Ermordung dutzender pro-sunnitischer Politiker zur Last gelegt werden. Die bekannteste Gruppierung ist die 'Sipah-e Mohammed', die aus dem Studentenverband der TJP, der 'Imamia Students Organization', hervorging. Mehrere hundert Anhänger und Aktivisten der Terror-Organisation wurden im August/September 1997 verhaftet.